

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Susanne Kurz

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Ralf Stadler

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Inge Aures

Abg. Helmut Markwort

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)**

**Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!**

**(Drs. 18/24147)**

Dazu ist, wie gesagt, namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist Prof. Dr. Ingo Hahn von der Fraktion der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Rundfunk ist in den letzten Monaten wahrlich in aller Munde gekommen. Besonders wir von der AfD sehen hier großen Handlungsbedarf und haben bereits mehrfach die Reform des bestehenden Systems angemahnt – so auch in diesem Antrag.

Schauen wir uns doch einmal an, was das Volk, die bayerische Bevölkerung, die deutsche Bevölkerung, zu diesem Zwangsfunk zu sagen hat. Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos vom November – also frisch und aktuell – ergab Folgendes:

Lediglich 30 % – oder: knapp jeder Dritte – sprechen sich dafür aus, dass ARD und ZDF wie bisher je ein eigenständiges Fernseh- und Onlineprogramm bereitstellen sollen. Dagegen würden 35 % eine Zusammenlegung der beiden Sender begrüßen. Weitere 35 % sind für eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. – Passend dazu hat gerade der Bayerische Rundfunk hier seine Ka-

mera abgebaut; die wollen so etwas natürlich nicht senden und werden es auch nicht senden.

Interessant ist aber auch, dass ein großer Anteil der Wählerschaft des bürgerlichen Lagers, meine Damen und Herren hier vorne, eine vollständige Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks befürwortet, nämlich 27 % der FDP-Wähler und 30 % der Unionswähler. Beliebter ist nur noch der Vorschlag der Zusammenlegung der beiden Sender; diesen bevorzugen 48 % der FDP-Anhänger sowie 42 % der Unionsanhänger. Man höre und staune!

Quasi stellvertretend für die große Mehrheit der Unionswähler brachte der sächsische Ministerpräsident Kretschmer am vergangenen Wochenende die Situation des Rundfunks in Deutschland auf den Punkt – ich zitiere –: Wir haben eine Legitimationslücke. Die Leute sind unzufrieden mit ARD und Co.

Interessanterweise haben die Reaktionen der Bürger im Land und die vielen guten Anträge der AfD zur Rundfunkreform im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst – dort wird das ja verhandelt; passend dazu ist Minister Blume gerade gegangen; es interessiert ihn nicht – keine Berücksichtigung gefunden. Ich kann Ihnen so viel sagen: Über 80 % der Petitionen im Wissenschaftsausschuss sind genau zu diesem Thema: Rundfunk und Gebühren. – Und der Minister geht genau bei diesem Tagesordnungspunkt hinaus.

(Zuruf von der CSU: Er ist nicht der zuständige Minister!)

Von dem Reformbedarf wird trotzdem gesprochen. Ein erster – kleiner – Schritt ist ja gemacht: Es gibt jetzt nämlich eine Anhörung.

Warum aber nicht gleich einen großen Schritt machen, warum nicht einen Schritt weiter gehen? Wir haben ja gesehen, wie die Leute darauf reagieren. Es ist doch mehr als evident, dass das jetzige System überholt ist. Denn: Ein Skandal reiht sich an den

nächsten. Die fiskalischen Sünden der Sendeanstalten reißen nicht ab; wir denken an die horrenden Gehälter und Ruhestandsbezüge.

Und: Das Angebot im TV erreicht fast nur noch Zuschauer über 60 Jahre; sowohl bei der ARD als auch beim ZDF liegt der Durchschnitt weit über 60. Politische Indoktrination in Dauerschleife ist die Regel. Trotzdem steigen die Beiträge unentwegt weiter an. – Schön, dass Sie wieder da sind, Herr Minister Blume. Vielleicht freuen Sie sich auch persönlich, wenn die Beiträge das einmal nicht tun. – Bis hierhin haben die Leute es stehen, meine Damen und Herren, bis hierhin: Oberkante Unterlippe!

Lassen Sie mich zum Schluss die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion – interessanterweise Frau Gitta Connemann von der CDU –, die sich jüngst wie folgt äußerte, zitieren:

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden – jetzt. Und ohne Denkverbote. [...] Er muss sich wieder auf seine Kernaufgaben fokussieren: [...] Information, Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur. Punkt.

Dem, meine Damen und Herren, kann ich mich hier nur anschließen, und ich sage: Ja, aber dann wirklich jetzt!

Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie zu!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzingler von der CSU-Fraktion.

**Dr. Stephan Oetzingler (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! In der Tat ist es so, dass der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst immer wieder über die Reformbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks diskutiert.

Lieber Herr Hahn, nach vier Jahren Zugehörigkeit zu diesem Ausschuss hat auch Ihnen nicht entgehen können, dass der für den Bereich des öffentlichen Rundfunks zuständige Minister nicht Staatsminister Blume, sondern Staatsminister Dr. Herrmann ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zudem ist an dieser Stelle eines zu sagen, meine Damen und Herren: Wir diskutieren seit vielen Jahren den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch wir, die CSU-Fraktion, insbesondere Kollege Alex Dorow, haben immer wieder betont, dass wir Reformbedarf sehen. Somit haben wir gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN vor zwei Wochen den Antrag auf Durchführung einer Anhörung eingebracht mit dem Ziel, den Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genauer zu erörtern und die notwendigen Reformen auf den Weg zu bringen.

Es geht also bei der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie. Gerade dazu ist Ihr Antrag, der auch im Ausschuss schon intensiv diskutiert wurde, der falsche Weg. Warum das so ist, möchte ich an einigen wenigen Punkten deutlich machen:

Erstens muss nicht das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verschlankt werden, sondern seine Strukturen. Bevor man an eine entsprechende Neustrukturierung geht, gilt es zu definieren, was denn die sogenannte Grundversorgung tatsächlich darstellen soll. Hier bleibt Ihr Antrag eine entsprechende Ausführung schuldig.

Klar ist, dass die Programmfelder geprüft werden müssen; die von Ihnen genannten Programmbereiche wirken allerdings rein willkürlich gewählt, liebe Kollegen von der AfD.

Zudem ist eine wesentliche Reduzierung nicht mit dem Grundsatz der Rundfunkfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes und auch nicht mit dem einschlägigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rundfunk vereinbar.

Viertens soll der Rundfunkbeitrag natürlich im Idealfall sinken oder zumindest eine konstante Entwicklung haben und stabil bleiben. Hier allerdings zunächst eine Senkung auf den Weg zu bringen, ohne die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln, springt aus unserer Sicht deutlich zu kurz. Ein vollständiger Verzicht auf Werbung und Sponsoring würde nach dem jetzigen System dazu führen, dass die aktuellen Gebühren steigen müssten. Auch das würde dem geforderten Ziel der Konstanz bzw. einer Senkung der Gebühren entgegenlaufen.

(Unruhe)

Die aktuell genannten und in Ihrem Antrag zur Sprache kommenden Fehlentwicklungen, insbesondere die Ereignisse rund um die ehemalige Intendantin des RBB, wurden bereits entsprechend gewürdigt. So hat sich die Rundfunkkommission intensiv mit dem Thema befasst und angemahnt, dass eine verantwortungsvolle und sorgsame Verwendung der Gebühren durch die Intendanten und entsprechenden Gremien der Anstalten zu gewährleisten ist.

Zudem fordert die Kommission – das ist meines Erachtens auch wichtig und richtig –, dass eine interne Aufsichts- und Compliance-Struktur bei allen Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entsprechend überarbeitet werden muss. Uns als CSU-Fraktion ist gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, den FREIEN WÄHLERN, der Reformbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bewusst. Dieses Thema sind wir auch vor der AfD angegangen und haben deshalb eine Anhörung auf den Weg gebracht. Wir werden uns im kommenden Jahr mit dieser Anhörung im Fachausschuss beschäftigen und die notwendigen Schlüsse ziehen. – Ihren Antrag von der AfD brauchen wir dazu nicht und lehnen ihn daher auch ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Der Abgeordnete Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Herr Hahn, bitte.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Kollege Dr. Oetzingler von der CSU, ich hatte es gerade eben gesagt: Über 80 % der Petitionen drehen sich um das Thema des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Rundfunkbeiträge; das wissen Sie genauso gut wie ich. Wenn Sie sagen, der Minister Herrmann sei hierfür eigentlich der richtige Ansprechpartner, dann weiß ich nicht, ob Sie ihm damit jetzt einen Gefallen tun, aber ich persönlich habe ihn noch nie im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst gesehen. Es wäre dann doch eigentlich auch sinnvoll, dass er dort einmal auftaucht; es sei denn, er hat kein Interesse an diesem Anliegen der Bürger.

Ich wollte aber eigentlich auf ein anderes Thema zu sprechen kommen: Das betrifft die Streiks beim ZDF. Heute Morgen ist ja sozusagen das "Morgenmagazin" ausgefallen. Es gibt die Forderung Ihrer Union, die Grundversorgung sicherzustellen; darüber kann man ja reden. Heute Morgen gab es noch nicht einmal die Grundversorgung mit Nachrichten, weil die Millionärin und ZDF-Moderatorin Dunja Hayali zusammen mit anderen einfach gestreikt hat. Es gab keine Nachrichten, also auch keine Grundversorgung. Meine generelle Frage an die CSU: Warum haben Sie in der Vergangenheit keinem der zahlreichen Anträge der AfD zu einer Rundfunkreform zugestimmt?

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Bitte achten Sie auf Ihre Redezeit!

**Dr. Stephan Oetzingler (CSU):** Lieber Herr Kollege Hahn, ich habe deutlich gemacht, dass wir als Regierungsfaktionen uns diesem Thema widmen. Übrigens weise ich deutlich zurück, dass der Staatsminister Herrmann kein Interesse am Thema Rundfunk hat. Er hat immer wieder bewiesen, dass er sich mit dem Thema auseinandersetzt. Wie Ihnen nicht entgangen sein dürfte, sind auch immer wieder Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei zu den einzelnen Petitionen im Ausschuss anwesend.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Das Wort hat nun die Kollegin Susanne Kurz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Es ist leider traurig. Man will schon gar keine Reden mehr schreiben, weil man hier erst einmal Fortbildungsunterricht leisten und erklären muss, wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk überhaupt strukturiert ist und was dessen gesetzliche Grundlagen sind. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat die Rechtsaufsicht über den BR. Die Staatskanzlei mit dem Medienminister Florian Herrmann verhandelt die Medienstaatsverträge, die dafür zuständig sind, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk strukturiert ist, wie die Landesrundfunkanstalten funktionieren usw.

Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal einen CSU-Minister verteidigen muss, aber er ist tatsächlich ehrenamtlich unter anderem im Rundfunkrat, in dem auch ein Kollege der AfD sitzt. Wenn man sich in der Fraktion ein bisschen besser verstehen würde, dann könnte man dort auch einmal weitersagen, dass ein ehrenamtlich aktiver CSU-Minister sich sehr wohl auch für Belange der Öffentlich-Rechtlichen engagiert, was man – jetzt wird es leider wieder bitter, liebe CSU; der Minister wehrt auch schon ab – von dem Minister leider nicht immer behaupten kann. Noch in diesem Sommer hat er einen Tweet von Julian Reichelt retweetet, in dem es hieß – ich zitiere: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hätte "[...] den einzigen Talk-Moderator [...], der nicht linksextrem und nicht Propagandist ist [...]" abgesetzt. – Ich fand es schon ziemlich harten Tobak, dass ein Minister, der hier Medienstaatsverträge verhandelt, ausgerechnet solche Tweets von Julian Reichelt retweetet und damit dessen propagandistischen YouTube-Kanal befördert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Auch aus anderer Ecke ist die CSU-Fraktion nicht gerade als große Unterstützerin der Öffentlich-Rechtlichen bekannt. Um den Landtag herum wurden wir mit Plakaten vom rechten Flügel der CSU beglückt,

(Heiterkeit bei der AfD)

die vielleicht der AfD nacheifern wollen. "Mangelnde Meinungsvielfalt, Umerziehung und Verschwendung – Brauchen wir ARD und ZDF noch?", hieß es. Ich habe mich wirklich fremdgeschämt, dass in einer Stadt wie München von Umerziehung die Rede ist, wohin so viele Menschen aus den uigurischen Gebieten Chinas geflüchtet sind, die wissen, was Umerziehung bedeutet und welche Konsequenzen sie hat. – Das soll es mit meinen Bemerkungen zur Medienpolitik der CSU aber auch gewesen sein.

Auf der Seite der AfD ist unter "zeitgemäße Medienpolitik" Folgendes zu finden: "Die Zwangsfinanzierung des öffentlichen Rundfunks ist umgehend abzuschaffen und in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln." – Das ist das Zitat des einzigen Satzes der bayerischen AfD zur Medienrundfunkpolitik.

(Unruhe)

An dem von Ingo Hahn Eingebrachten sieht man, dass die AfD nicht einmal weiß, wie Rundfunk funktioniert, kontrolliert wird und strukturiert ist. Wenn ich dann zum einen lese, dass man das Ganze eigentlich in ein Bezahlfernsehen umwidmen will, dass es also viel mehr kosten soll als jetzt, und zum anderen in diesem Antrag "Verschlankung" lese, muss ich sagen: Wer hier von Verschlankung spricht, der meint in Wirklichkeit die Schwindsucht, und das werden wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Sicherung der Attraktivität des öffentlich-rechtlichen Fernsehens müssten wir in der Tat an die Struktur des Öffentlich-Rechtlichen herangehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Hier sind aber wir in der Politik gefordert, weil wir nämlich den Auftrag gemeinsam mit der Rundfunkkommission der Länder verhandeln. Dieser Auftrag muss finanziert werden; das bestimmt die Höhe der Gebühren.

Die Sicherung der Attraktivität für junge Menschen bezieht sich übrigens nicht nur auf das Fernsehen. Für Menschen mit anderen Muttersprachen gab es jetzt in der Ukraine-Krise und Corona-Krise zum ersten Mal Angebote, die nicht in deutscher Sprache waren. Es braucht die Sicherung der Attraktivität für marginalisierte Gruppen, die bisher im Öffentlich-Rechtlichen zu kurz kommen. Eine gehörlose Besucherin war beispielsweise bei unserer grünen Landtagsveranstaltung zur Zukunft des dualen Systems, bei der unter anderem Daniel Rosemann von ProSiebenSat.1 sowie die Intendantin des Bayerischen Rundfunks da waren, aber mit Regina Ziegler auch die Filmwirtschaft vertreten war. Eine Wegrationalisierung von Unterhaltung würde auch bedeuten, dass eine wichtige Finanzierungssäule der bayerischen Filmbranche wegbriecht.

(Unruhe)

Diese gehörlose Besucherin hat darauf hingewiesen, sie sei darauf angewiesen, dass es noch mehr und noch bessere barrierefreie Angebote gebe und dass diese auch gut zu finden sein müssten. Die Mediatheken des BR seien zwar im Augenblick quer durchsuchbar, aber nur von oben nach unten. Dort brauche es noch mehr und bessere Vernetzung sowie mehr Angebote, weil hier die Attraktivität steigen müsse.

Das bedeutet: Es ist unsere Aufgabe als Politik, bei der Definition der Aufgaben und des Auftrags genau hinzuschauen. Es liegt in der Macht dieses Bayerischen Landtags, die Kontrollgremien zu stärken, festzulegen, wie dieses Kontrollgremium ausgestattet ist, wer dahin entsandt wird, welche Gruppen darin vertreten sind. Es ist auch eine grüne Forderung, dieses Kontrollgremium paritätisch zur Hälfte mit Frauen auszustatten und dafür zu sorgen, dass die Zusammensetzung regelmäßig evaluiert wird.

(Alexander König (CSU): Ich dachte, es gibt mehr Frauen als Männer im Land!)

– Es sind nicht mehr Frauen als Männer, lieber Herr König. Es sind jetzt sogar weniger Frauen als in der letzten Legislaturperiode des Rundfunkrats. Vielleicht schauen Sie einmal rein. Ich dachte, die CSU wüsste da ein bisschen mehr.

(Alexander König (CSU): Sie haben mich falsch verstanden! Ich habe gesagt: Es gibt im Land mehr Frauen als Männer!)

– Dann müssten ja noch mehr weibliche Menschen im Rundfunkrat vertreten sein. Es freut mich sehr, dass Sie sich auch für Parität engagieren. Ich hoffe dann, von der CSU ein Gesetz zur Neubesetzung des Rundfunkrats zu bekommen, wo es um mehr Parität geht. Wir GRÜNE würden uns freuen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzte Frau Kurz von den GRÜNEN, es wundert mich übrigens überhaupt nicht, dass Sie hier den CSU-Minister Herrmann verteidigen. Sie haben vielleicht sogar gleiche Motive; das wäre zu ergründen.

Ich möchte Ihnen als GRÜNE einmal eine Frage stellen: Wie stehen Sie zu dem Dilemma, dass selbst unter den Wählern der GRÜNEN circa 40 % für eine Zusammenlegung von ARD und ZDF sind? Das hat gerade die Ipsos-Umfrage vom November 2022 ergeben. Darin sind diejenigen nicht enthalten, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk komplett abschaffen wollen. Sie als grüne Partei wollen aber mit Ihren Zwangsabgaben gegen diese Wünsche der Wähler an der jetzigen Form des Rundfunks festhalten; das ist ja Ihre Position. Kann es sein, dass in den Anstalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu viele Ihrer Freunde, Spezis und Unterstützer untergebracht sind und auch versorgt werden müssen?

(Beifall bei der AfD)

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Wenn wir hier als Parlament Politik nach Umfragen machen würden, dann könnten wir alle gleich nach Hause gehen und die Parlamente abschaffen, weil es dann keine Wahlen mehr bräuchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Kollege Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die öffentlich-rechtlichen Medien sind in den letzten Wochen und Monaten häufig selbst in die Schlagzeilen geraten:

(Unruhe)

Zunächst die Enthüllungen um die RBB-Intendantin Schlesinger, Gelder wurden veruntreut, Missstände unter den Teppich gekehrt, und Kontrollen haben versagt. Trotz aller Turbulenzen aber verfügen wir in Deutschland immer noch über eine der vielfältigsten und auch hochwertigsten Medienlandschaften der Welt, meine Damen und Herren. Die öffentlich-rechtlichen Medien tragen dazu maßgeblich bei.

Die Einhaltung allgemein anerkannter journalistischer Grundsätze wie ausgewogene, objektive, unabhängige, unparteiische, neutrale, wahrheitsgemäße und sorgfältig recherchierte Berichterstattung sowie die Wahrung persönlichkeitsachtender Standards sind das Markenzeichen des Öffentlich-Rechtlichen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und das ist gut so. Dies gilt umso mehr unter dem Aspekt der Digitalisierung und der destabilisierenden Informationsverbreitung durch das Internet. Ziel ist es, mit einem gediegenen Angebot für alle Teile der Gesellschaft dem Wandel der Mediennutzung Rechnung zu tragen und einen von öffentlich-rechtlichen Qualitätsmaßstäben geprägten offenen Kommunikations- und Debattenraum zu schaffen.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren von der AfD, genau damit erfüllt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Integrationsfunktion in den Kernbereichen Information und Bildung,

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, aber eben auch in der Unterhaltung mit Kultur und Sport. Die Programmgestaltung fokussiert sich nicht alleine auf Mainstream- oder Quotenorientierung, sondern sie zeichnet sich durch Qualität, Innovation, Vielfalt, Differenzierung, eigene Impulse und multiple Sichtweisen aus. Im hier erst vor Kurzem an dieser Stelle diskutierten Dritten Medienänderungsstaatsvertrag wurden viele Stellen zeitgemäß nachgeschärft, konkretisiert und verbessert.

In dessen Artikel 1 wird sichergestellt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch künftig seinem verfassungsrechtlichen Kernauftrag für Vielfalt und Grundversorgung nachkommt, orientiert am Gemeinwohl und an der Allgemeinheit. Die demokratierelevante Funktion wird dort deutlich herausgehoben.

Meine Damen und Herren von der AfD, viele Sendeanstalten haben sich inzwischen selbst umfassende Reformen auferlegt – vielleicht ist Ihnen das entgangen –, wollen effizienter werden, Kosten sparen, zum Beispiel durch Verschlankeung in der Verwaltung, der Produktion, der Technik und der Redaktion, zum Beispiel durch ein flexibles Handling, ob Spartenangebote als eigenständige Kanäle weitergeführt, eingestellt, ausgetauscht oder ins Internet überführt werden. Auch die Modernisierung der Strukturen steht auf dem Programm. Durch die effiziente Zusammenführung der bislang eigenen Webauftritte und Mediatheken werden publizistische, technische und wirtschaftliche Synergieeffekte erzielt.

Meine Herren der AfD, auch die von Ihnen angesprochenen Aufsichtsgremien werden gestärkt. Zur besseren Transparenz und Überprüfbarkeit sollen anstaltsübergreifend harmonisierte, einheitliche und vergleichbare Maßstäbe gelten,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

mit denen eine objektive Kontrolle der Einhaltung von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie der Ressourceneffizienz ermöglicht wird. Entsprechende Maßnahmen sind also bereits und werden noch eingeleitet. Daher ist Ihr Antrag in Teilen überholt und somit überflüssig.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Er enthält auch etliche Fehleinschätzungen, meine Damen und Herren. Sie von der AfD fordern beispielsweise ein umfassendes Werbe- und Sponsoringverbot. Sie vergessen dabei völlig, dass Werbeeinnahmen neben den Rundfunkgebühren durchaus eine zweite wichtige Säule bei der Finanzierung und zur Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien darstellen.

Ich fasse abschließend zusammen: Sie verhehlen in Ihrem Antrag völlig, dass sich die Länderchefs bereits auf umfassende Reformen verständigt haben. Sie lassen unerwähnt, dass die Akteure bereits intensiv bestrebt sind, Kosten zu sparen.

(Alexander König (CSU): Man kann sich alles schönreden!)

Sie fordern ein vollständiges Werbeverbot, das völlig über das Ziel hinausschießt und womöglich am Ende noch auf den Gebührenzahler zurückfällt. Schließlich ist auch Ihre Forderung nach der inhaltlichen Reduzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf eine stark eingegrenzte Grundversorgung nicht mit Artikel 5 des Grundgesetzes vereinbar.

Wir sind stolz auf unsere breite, unabhängige, systemrelevante Medienlandschaft. Sie ist Garant für Meinungsvielfalt, Meinungspluralismus und für unser demokratisches Gesellschaftsprinzip. Dabei spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine tragende Rolle. Dazu stehen wir. Sie von der AfD sind auf dem falschen Pfad. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Herr Kollege Ludwig, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen: die erste vom Abgeordneten Ralf Stadler von der AfD.

**Ralf Stadler (AfD):** Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, Ihre Schwesterpartei, die CDU, hat sich in Thüringen gegen die Gendersprache ausgesprochen.

(Unruhe)

Finden Sie es in Ordnung, dass die mediale Elite sich weiterhin anmaßt, den Zuschauern gegen deren Willen die Gendersprache aufzuzwingen? – Ja, es war nicht Ihre Schwesterpartei, sondern die der CSU; das ist klar. Aber die Frage hätte ich gerne einmal von Ihnen beantwortet.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Stadler, in der Tat: Solange Sie die CDU mit den FREIEN WÄHLERN verwechseln, kann man Ihre Frage nicht ernst nehmen. Was die Gendersprache betrifft, haben wir an dieser Stelle schon andere Aussprachen gehabt. Dazu äußere ich mich jetzt an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung: von dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Bayerbach.

**Markus Bayerbach (fraktionslos):** Herr Kollege Ludwig, ein Stück weit widersprechen Sie sich selber, wenn Sie auf der einen Seite sagen, die öffentlich-rechtlichen Medien decken die Grundversorgung ab, und auf der anderen Seite die Breite der Aufstellung hervorheben.

Haben Sie Verständnis dafür, dass man hinsichtlich der Menge der Sender, die inzwischen betrieben werden, durchaus kritisch sein kann, und dafür, dass man ein Problem damit haben kann, dass zum Beispiel Teile der Bevölkerung jetzt ausgegrenzt werden, indem einzelne Sender nur noch mit HD zu sehen sind? HD hat bei Weitem nicht jeder.

**Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER):** Ich muss Ihnen ehrlich gestehen: Ich kann Ihre Frage nicht nachvollziehen, weil sie an der Realität vorbeigeht, und unter dem Aspekt will ich Ihnen keine Antwort darauf geben, weil Ihre Behauptung nicht zutrifft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat nun Frau Kollegin Inge Aures von der SPD-Fraktion.

**Inge Aures (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die SPD, stehen für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Umfangreiche Reformen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurden in der letzten Zeit natürlich häufiger debattiert. Diese Debatte muss aber auch geführt werden, und wir werden sie für die Zukunft brauchen. Auch wir, die SPD, sehen Reformbedarf. Das Fehlverhalten von wenigen Einzelnen macht Veränderungen natürlich nötig, aber man muss es umfassend und vor allem transparent aufklären. Heute möchte ich deshalb noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, dass es dabei wichtig ist, nicht zu vergessen, welchen Wert und welche Aufgaben der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich schon einmal reden darf, dann will ich auch, dass mir jemand zuhört.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf die Werte und die Wertschätzung hinweisen, die wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk schulden,

(Zuruf von der AfD: Schulden?)

nämlich zur freien Meinungs- und Willensbildung beizutragen und somit einen Grundpfeiler für unsere Demokratie zu unterstützen. Öffentlich-rechtliche Informationsangebote haben eine zentrale Schlüsselrolle in unserer Demokratie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das hat sich gerade auch während der Corona-Krise gezeigt. Der Rundfunkbeitrag trägt wesentlich dazu bei, die Qualität für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

(Alexander König (CSU): Ach was, Geldverschwendung!)

Der Rundfunkbeitrag schafft wichtige Bedingungen, um die Redaktionen gut auszustaffieren.

(Alexander König (CSU): Ausstaffieren, das ist der richtige Begriff!)

Somit können Journalistinnen und Journalisten fundierte Recherchen betreiben und journalistische Standards einhalten, ohne dass sie jeden Tag und ständig der Frage der Finanzierbarkeit ausgesetzt werden.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): In Saus und Braus leben, das ist es!)

– Ja, Herr König, manchmal bringen die etwas, was Sie nicht gerne hören. – Wir, die SPD, sind hingegen für die Ausarbeitung zukunftssträchtiger und notwendiger Reformen. Wir sind für Transparenz. Wir unterstützen die Vielfalt und die Unabhängigkeit unserer Medien, und wir werden auch weiter dafür kämpfen. Die Medienschaffenden sind zu stärken, und sie sind nicht in ihrer wichtigen Aufgabe für die Gesellschaft zu beschneiden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar für unsere Demokratie. Wir, die SPD, lehnen diesen Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke. – Nächster Redner ist Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

(Alexander König (CSU): Die Reden sind alle vom Bayerischen Rundfunk!)

**Helmut Markwort (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns mit einem Antrag beschäftigen, der überflüssig und überholt ist. Er ist überflüssig, weil er im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schon ausgiebig diskutiert und von allen Fraktionen außer der AfD abgelehnt wurde. Das wird sich heute wiederholen. Ich halte das für Zeitdiebstahl. Aus meiner Perspektive ist es sogar Diebstahl von Lebenszeit.

(Beifall bei der FDP)

Inhaltlich ist der Antrag, um es einmal hebräisch zu sagen, Tohuwabohu. Es sind vernünftige Dinge drin, aber auch wirres und schiefes Zeug. Es ist auch kein Antrag, es ist ein Appell an die Bayerische Staatsregierung. Aber auch eine bessere Regierung könnte mit diesem Antrag, mit diesem Appell, nichts anfangen.

Wir sind hier im Landtag schon weiter. Selbstverständlich braucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringend eine Reform,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

damit von diesen 8,4 Milliarden Euro mehr Geld ins Programm fließt und weniger in Verwaltung, Produktion und Technik.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Meine Fraktion hat dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sehr konkret ist und sich damit beschäftigt, wie wir vom Bayerischen Rundfunk aus – und nur den können wir hier beeinflussen – die Reform anstoßen. Wir verlangen eine Änderung der Gremienzusammensetzung. Wir appellieren an die Anstalten, mehr zusammenzuarbeiten mit dem Ziel von Kompetenzzentren, wie sie auch die Intendantin des Bayerischen Rundfunks schon gefordert hat. EfA – einer für alle –, die Anstalten machen viel zu viel gleichzeitig.

Als Journalist freue ich mich aber, dass viele Kollegen vom RBB in eigener Recherche in letzter Zeit große Missstände aufgedeckt haben. Da sehen wir das Grundübel der öffentlich-rechtlichen Anstalten: Einerseits genießen sie die Privilegien der freien Wirtschaft mit hohen Gehältern und fürstlicher Bezahlung, andererseits nehmen sie gleichzeitig die Rechte der Beamten des öffentlichen Dienstes in Anspruch und sind unkündbar und haben eine tolle Altersversorgung.

(Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft, aber so ist es!)

Diese Kombination ist ein Problem. Ich habe CSU und FREIEN WÄHLERN auch zugestimmt: Wir werden hier zwei große Anhörungen haben, mit internationalem und mit deutschem Aspekt. Ich bin sicher, im März und im Juli werden wir Experten bekommen, damit die Reform des Rundfunks vorangetrieben wird. Die Bayerische Staatsregierung muss aber auch etwas tun. Ich finde es schade, dass Herr Herrmann, der für die Staatsregierung im Rundfunkrat sitzt und die Kommission leitet, sich noch nie dafür eingesetzt hat – jedenfalls nicht nach meiner Kenntnis –, dass der Saarländische Rundfunk und Radio Bremen beispielsweise abgeschafft werden. Das fordern inzwischen auch mein ARD-Kollege Ulrich Wickert und viele andere. Da sitzen die Ministerpräsidenten beieinander und trauen sich nicht, sich gegenseitig zu sagen: Geh mal von deinen Privilegien herunter!

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das sind die großen Dinge, die wir in der Rundfunkreform verlangen. Dazu braucht man aber konkrete Schritte und keine Appelle.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, die wir in namentlicher Form durchführen. Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Kunst empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD zustimmen möchte, der kann das jetzt maschinell tun. Ich eröffne die Abstimmung. Die Abstimmung beginnt, wir haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16:46 bis 16:49 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Wir warten noch auf das Ergebnis. Das war der letzte Tagesordnungspunkt.

(Unruhe)

Ich sehe, dass Sie untereinander viel Redebedarf haben.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!", Drucksache 18/24147, bekannt. Mit Ja haben 16 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 134 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich schließe die Sitzung. Wir sehen uns um 19:00 Uhr zur Weihnachtsfeier.

(Schluss: 16:51 Uhr)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion AfD; Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten! (Drucksache 18/24147)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus		X		<b>Enghuber</b> Matthias		X	
<b>Adjei</b> Benjamin				<b>Fackler</b> Wolfgang		X	
<b>Aigner</b> Ilse				Dr. <b>Faltermeier</b> Hubert		X	
<b>Aiwanger</b> Hubert				<b>Fehlner</b> Martina			
<b>Arnold</b> Horst		X		<b>Fischbach</b> Matthias		X	
<b>Atzinger</b> Oskar	X			<b>Flierl</b> Alexander		X	
<b>Aures</b> Inge		X		<b>Flisek</b> Christian			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Franke</b> Anne		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Freller</b> Karl			
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Friedl</b> Hans		X	
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Friedl</b> Patrick			
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X		<b>Fuchs</b> Barbara		X	
<b>Bayerbach</b> Markus	X			<b>Füracker</b> Albert			
<b>Becher</b> Johannes		X		<b>Gehring</b> Thomas		X	
<b>Becker</b> Barbara		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Bergmüller</b> Franz	X			<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Blume</b> Markus				<b>Gotthardt</b> Tobias		X	
<b>Böhm</b> Martin	X			<b>Gottstein</b> Eva			
<b>Bozoglu</b> Cemal		X		<b>Graupner</b> Richard	X		
<b>Brandl</b> Alfons		X		<b>Grob</b> Alfred		X	
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Guttenberger</b> Petra			
von <b>Brunn</b> Florian				<b>Häusler</b> Johann		X	
Dr. <b>Büchler</b> Markus		X		<b>Hagen</b> Martin		X	
<b>Busch</b> Michael				Prof. Dr. <b>Hahn</b> Ingo	X		
<b>Celina</b> Kerstin		X		<b>Halbleib</b> Volkmar		X	
Dr. <b>Cyron</b> Anne	X			<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Deisenhofer</b> Maximilian				<b>Hauber</b> Wolfgang		X	
<b>Demirel</b> Güleren	X			<b>Haubrich</b> Christina		X	
<b>Dorow</b> Alex				<b>Hayn</b> Elmar		X	
<b>Dremel</b> Holger		X		<b>Henkel</b> Uli	X		
<b>Dünkel</b> Norbert				<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Duin</b> Albert				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Ebner-Steiner</b> Katrin	X			<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Eck</b> Gerhard		X		Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Eibl</b> Manfred		X		Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		<b>Hierneis</b> Christian		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Hiersemann</b> Alexandra		X	
<b>Enders</b> Susann				<b>Hintersberger</b> Johannes	X		
				<b>Högl</b> Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Triebel</b> Gabriele		X	
<b>Urban</b> Hans			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Wagle</b> Martin		X	
<b>Waldmann</b> Ruth			
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
Dr. <b>Weigand</b> Sabine			
<b>Weigert</b> Roland		X	
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit		X	
<b>Winhart</b> Andreas	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno		X	
<b>Zwanziger</b> Christian		X	
<b>Gesamtsumme</b>	16	134	1